

# Fläche nachhaltig gebrauchen – nicht verbrauchen

Dr. Helmut Born

**Die erneuten Knappheiten auf den Nahrungsmittelmärkten beschäftigen die Medien, aber mittlerweile auch die Finanz- und Entwicklungspolitik wie auch die Umwelt- und Agrarpolitik. Sogar Bundesfinanzminister Schäuble nahm anlässlich des jüngsten Treffens der Finanzminister der G-20-Gruppe in Paris und möglicher spekulativer Preisbewegungen bei Agrarrohstoffen Stellung: „Angesichts einer Milliarde hungernder Menschen muss der Schwerpunkt [...] der Politikgestaltung nicht bei Regulierungen des Finanzmarktes, sondern bei einer Ausweitung der Lebensmittelproduktion liegen.“ Damit hat der deutsche Finanzminister aus dem Badischen nicht nur recht, sondern er hätte die Debatte ökonomisch auch noch weiterführen können. Steigende Agrarpreise sind ein klares Signal für alle Bauernfamilien weltweit, ihre Betriebe in Schwung zu bringen, den zurückgegangenen Düngemittelsatz wieder zu erhöhen, in Traktoren und Bodenbearbeitungsmaschinen zu investieren oder auch die Bewässerung auf Vordermann zu bringen.**

Kurzum, steigende Preise sind in der Landwirtschaft wie in jedem anderen Wirtschaftszweig ein deutliches Wachstumssignal und damit der beste Beitrag zur Bekämpfung des Hungers in der Welt. Darüber hinaus auch noch ein Ankerbelungsprogramm für die Konjunktur im ländlichen Raum.

Würde die Landwirtschaft wie jeder andere Wirtschaftszweig gesehen, hätte sie jetzt Schlagzeilen auf den Wirtschaftsseiten der Zeitungen wie: „Beste Perspektiven für von Bauern getragene Unternehmen, aber auch für die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche.“ Stattdessen passiert aber wieder etwas ganz anderes. Reflexartig reden und schreiben Journalisten wie Umwelt- und Entwicklungshilfeorganisationen von drohenden Hungerrevolten in wirtschaftsschwachen Entwicklungsländern und die Überforderung der dortigen Bevölkerung durch steigende Nahrungsmittelpreise. Selbst renommierte Wirtschaftsjournalisten übersehen geflissentlich, dass genau diese Erlösverbesserung auch für die Bauern in den Entwicklungsländern ein Signal zum Aufbruch ist; zumindest ein solches Signal sein kann, wenn nicht korrupte Regierungen und miserable Verwaltungen eine solche Aufbruchstimmung in den ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer verhindern.

## Intensivierungsauftrag der Agenda 21

Jedenfalls lohnt gerade in diesen Tagen noch einmal ein Nachblättern im sogenannten Aktionsprogramm „Agenda 21“ der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahre 1992. Dieser „Erdgipfel“ von Rio ging erstmals nicht nur auf den weltweiten Umweltschutz ein, sondern auch auf die Notwendigkeit, Hunger und Armut konsequent zu beseitigen. Im Kapitel 14

der Agenda 21 heißt es dazu: „Im Jahr 2025 werden 83 Prozent der Weltbevölkerung, die bis dahin auf voraussichtlich 8,5 Milliarden angestiegen sein wird, in den Entwicklungsländern leben... Die Landwirtschaft muss dieser Herausforderung in erster Linie dadurch begegnen, dass sie die Produktion auf bereits bewirtschafteten Flächen steigert, gleichzeitig aber ein weiteres Vordringen auf nur begrenzt für eine landwirtschaftliche Nutzung geeignete Standorte unterlässt.“ 20 Jahre später zeigt sich, dass dieser Intensivierungsauftrag von Rio zur Sicherung der Welternährung zwar von den Industrieländern einigermaßen beherzigt wurde. Die neuen aufstrebenden Schwellenländer Asiens und Südamerikas haben damit aber schon ihre Schwierigkeiten, verdeutlicht durch die immer noch fortschreitende Umwidmung der Naturwälder. Noch extremer ist der Raubbau an den natürlichen Ressourcen aber in den Entwicklungsländern, denen es vor allem in Afrika bisher kaum gelungen ist, ihre eigene Landwirtschaft auf den technologischen Stand des 21. Jahrhunderts zu bringen. In den letzten 20 Jahren konnte die Eigenproduktion an Nahrungsmitteln dort auch nicht annähernd mit der dynamischen Bevölkerungsentwicklung mithalten, obwohl immer größere Flächenareale in Nutzung genommen wurden.

Da bei dynamischer weltweiter Konjunktur-entwicklung nicht davon auszugehen ist, dass die Nachfrage nach Nahrungsmitteln – aber zunehmend auch nach nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern – zurückgehen wird, muss es ein grundlegendes Umdenken hin zu einem effizienteren Flächengebrauch und weg von jeglichem Flächenverbrauch geben. Dazu braucht es eine kluge weitsichtige Politik, die sowohl die Land- und Forstwirtschaft wie auch den Natur- und Umweltschutz

einbezieht. Entwicklungshilfe darf z. B. keinesfalls mehr nur bestehende Subsistenzwirtschaften in den ländlichen Gebieten der Dritten Welt festigen und damit verstetigen. Ziel muss es sein, gerade der jungen Generation in den Dörfern Zugang zu modernen Techniken zu verschaffen. Zwar angepasst an die jeweilige Ausgangssituation, aber mit der klaren Perspektive, Anschluss zu finden an den weltweiten Kenntnisstand in Ackerbau und Viehzucht. Geschieht das nicht, besteht die reale Gefahr, dass vor allem der Landhunger aus den asiatischen Schwellenländern zu massiven Verkäufen von Land an ausländische Investoren vor allem im Osten Afrikas kommt (sogenanntes Land-Grapping). Das ist im Grunde nichts anderes als eine neue Form der alten Kolonialisierung ohne Rücksicht auf die einheimischen Bauern und ohne Rücksicht auf eine eigenständige gesamtwirtschaftliche Vorwärtsstrategie. Erfreulicherweise hat sich die Europäische Union wie auch der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dirk Niebel, konsequent für eine Gegenstrategie entschieden. Nur damit wird es möglich sein, Hungerbekämpfung mit dem Erhalt des ökologischen Gleichgewichts und einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung zu verbinden.

## Land-Grapping in den Entwicklungs- und Industrieländern

Land-Grapping, sprich „Landverbrauch“, ganz anderer Art findet aber auch in den Schwellen- und Industrieländern statt. Obwohl es z. B. seit 10 Jahren Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland ist, den Flächenverbrauch durch Überbauung bis zum Jahre 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu senken, stagniert dieser Wert immer noch bei rund 100 Hektar je Tag. Wie in vielen anderen Industrieländern und noch heftiger in den boomartig wachsenden Schwellenländern nimmt eine ungebremste Bautätigkeit für Straßen und andere Verkehrsstrassen, Wohn- und Gewerbeimmobilien, wie auch zunehmend für Energie- und Telekommunikationstrassen in großem Umfang bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch. Kann man dafür angesichts stark wachsender Bevölkerungszahlen in den Schwellenländern noch ein gewisses Verständnis haben, fällt dieses Argument in schrumpfenden und alternden Gesellschaften der Industrieländer völlig weg. Hier muss es doch zumindest gelingen, diesen Flächenverbrauch zu stoppen und damit Produktionsmöglichkeiten für weltweit benö-

tigte Nahrungsmittel und klimafreundliche erneuerbare Energie zu sichern.

Tatsächlich gerät die Landwirtschaft gerade in den Industrieländern aber zunehmend in die prekäre Situation, einerseits ungebremst Flächen für die Siedlungsstrukturen zu verlieren und andererseits zunehmenden Extensivierungsanliegen der Gesellschaft ausgesetzt zu sein. Die massive Forderung nach größerer Biodiversität, noch umfassenderem Boden-, Wasser- und Klimaschutz und immer ausgedehnterer Flächeninanspruchnahme für Erholungszwecke schmälern die Produktionsmöglichkeiten zusätzlich. Nicht nur das, trotz beschwörender Meldungen über eine Milliarde Menschen, die mittlerweile keine ausreichende Ernährung erhalten, wächst die Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung, in den Industrieländern auf eine wissenschaftsgetragene und leistungsfähige Land-, Agrar- und Ernährungswirtschaft ganz oder zumindest in Teilen zu verzichten. Die jüngsten koordinierten Aktionen vieler Nichtregierungsorganisationen gegen „Massentierhaltung“ und „industrialisierte Landwirtschaft“ zielen genau in diese Richtung. Das ist sicherlich keine passende Antwort auf enger werdende Weltmärkte bei Nahrungsmitteln. Optisch ansprechende Landschaftsteile und wachsende Waldanteile können darüber nicht hinwegtäuschen.

### Versiegelung nur bei Entsiegelung

Zwei Schlussforderungen lassen sich aus dem bisher Dargelegten ziehen:

1. Eine nachhaltige Agrarpolitik und eine zukunftsorientierte Interessenvertretung der Bauern in Deutschland wie in der Europäischen Union müssen gradlinig und mit Konsequenz die Folgen der Flächenverknappung für eine effiziente Landwirtschaft deutlich machen. Die neuen Herausforderungen, von denen vor allem in der EU-Agrarpolitik mit Blick auf Welternährung und Klimaschutz die Rede ist, lassen sich nicht mit einer Luxusdebatte lösen, die den Irrglauben festigt, man könne auf der gleichen Fläche Arten- und Naturschutz, hochwertige Nahrungsmittelproduktion und zugleich Wasser- und Klimaschutz betreiben.
2. Jeder Quadratmeter neuversiegelter landwirtschaftlicher Nutzfläche in den Industrieländern muss mit den Kosten der Entsiegelung eines anderen bisher mit Beton oder Teer bedeckten Quadratmeters belastet wer-

den. Nur eine solche Ausgleichsregelung kann tatsächlich zu einer ausgeglichenen Flächenbilanz führen, die alle Optionen für die Nutzung dieser Fläche offenhält.

Die Verwirklichung dieser beiden Forderungen ist Gegenstand einer Reihe von Beiträgen in dieser Schwerpunktausgabe der dbk. Diese Beiträge machen deutlich, dass zur Konfliktbewältigung zuallererst ein Umdenken gerade im Natur- und Umweltschutz notwendig ist, denn die Kompensation für flächenverbrauchende Bautätigkeit erfolgt gegenwärtig vorrangig unter Maßgabe des Arten- und Naturschutzes. Genau diese Sicht hat aber oft genug den dargestellten zusätzlichen „Flächenverbrauch“ für die Landwirte zur Folge. Da mittlerweile aber bereits jeder dritte Hektar der von der Landwirtschaft genutzten Fläche durch besondere Schutzauflagen erfasst wird, kann es in Deutschland auch nicht aus naturschutzfachlichen Gründen sinnvoll sein, diesen Weg immer weiter zu beschreiten. Stattdessen sollte wirklich auf die Wiederherstellung der vollen Funktionsfähigkeit versiegelter Flächen abgestellt werden, gleich ob

diese dann später der landwirtschaftlichen Nutzung oder etwa dem Ressourcenschutz oder auch der Bebauung im Innenbereich von Städten und Gemeinden dienen.

### Greening muss grünes Wachstum werden

Vor diesem Hintergrund ist schließlich auch das von Agrarkommissar Ciolos angestrebte Greening der 1. Säule der EU-Agrarpolitik zu betrachten. Wenn er darunter eine durchgehende und flächendeckende Extensivierung verstehen sollte, wäre das die grundverkehrte Antwort auf die aktuellen Herausforderungen der Agrarpolitik. Grünes Wachstum zur Sicherung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung würde da sehr viel besser in eine Begrünnungsaktion passen. Zumindest wäre es dann nicht mehr ohne Weiteres möglich, auf Effizienzgewinne kurzsichtig zu verzichten und damit die weltweiten Probleme beim täglichen Brot wie bei der Energie- und Rohstoffversorgung nicht noch zu vergrößern.



**Die Landwirtschaft geht voran im Klimaschutz. Dieses Signal setzten DBV-Präsident Gerd Sonnleitner und Friedhelm Decker, Umweltbeauftragter des DBV und Präsident des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes auf der Tagung „KlimaWandel in der Landwirtschaft“ des Bundesumweltministeriums im Rahmen der Internationalen Grünen Woche. Während dieser Veranstaltung überreichten die Präsidenten Sonnleitner und Decker Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen die Klimastrategie der Land- und Forstwirtschaft, in der sich der Sektor eigene Ziele zur Steigerung der Klimaleistungen durch nachwachsende Rohstoffe und zur Senkung der Emissionen setzt.**

Foto: Ecologic Institut